

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für



den Freistaat Sachsen

Erscheint Werktags nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.
Bezugspreis: Monatlich 3 RM. Einzelne Nummern 15 Pf.
Schreibst. u. Geschäftsstelle Dresden-R. 1, Str. Zwingerstr. 16. Ruf 14 574 u. 21 295.
Postfach-Ronto Dresden 2486 / Staatsbank-Ronto 674.

Anzeigenpreis: 32 mm breite, 3 mm hohe Grundzeile oder deren Raum 35 Pf.,
66 mm breit im amtlichen Teile 70 Pf., Reklamezeile 1 RM.
Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen, Familiennachrichten und Stellenangebote.
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Ziehungsliste der Staatsschuldenverwaltung, Holzplanzen-Verkaufsliste der Staatsforstverwaltung.
Verantwortlich für die Schriftleitung: Oberregierungsrat Hans Blos in Dresden.

Nr. 24

Dresden, Freitag, 29. Januar

1932

Um die Reichspräsidentenwahl.

Der bayerische Aufruf.

München, 27. Januar.
Wie sich aus den Unterschriften des Aufrufs ergibt, handelt es sich um eine von nicht parteimäßig eingestellten Persönlichkeiten eingeleitete Aktion. Schon die ersten Unterschriften sind in der Hauptsache nicht als Parteimitglieder zu werten, sondern gehören weit über den Rahmen der Parteien hinaus, denen die eine oder andere Persönlichkeit angehört. Ansehen. Es hat sich ein Kreis zusammengeschlossen, dem die Sorge um Deutschlands Schicksal über Parteigrenzen geht, wenn auch Kreise der bayerischen Volkspartei und der Nationalen Reichsvereinigungen in der Liste vertreten sind. Bemerkenswert ist, daß sich unter den Unterzeichnern auch Persönlichkeiten befinden, die zur heutigen Reichsregierung in Opposition stehen, so etwa die führenden Mitglieder der Deutschen Volkspartei in Bayern Geheimrat Dr. Dietrich und Landtagsabgeordnete Frau Gertraud Wolf, sowie, wenn wir recht unterrichtet sind, auch einzelne Persönlichkeiten aus dem bayerischen Stahlhelm.

Von namhaften Organisationen und Verbänden finden sich, wenn zwar zunächst nicht korporativ, so doch durch Namen ihrer Führer oder maßgebender Persönlichkeiten vertreten, der Bayerische Christliche Bauernverein mit Geheimrat Dr. Heim, der Bayerische Heimatklub durch Oberstaatsr. Dr. Fischer, der Bayerische Bauernbund durch Regierungsdirektor Gumann und die Deutschbayerische Arbeitsgemeinschaft durch Stellvert. v. Branca. Mit Dr. Ritter v. Holt und dem Senatspräsidenten L. Dr. Müller-Reimingen sind die Namen zweier prominenter Führer bayerischer Sport- und Turnerverbände auf der ersten Linie der Unterzeichner.

Im übrigen kann man sagen, daß neben der christlichen Arbeiterschaft Kreise von Industrie, Handel und Handwerk, weiteste Schichten der Landwirtschaft, der Kunstschaff, der Presse und des Schrifttums, der Geistlichkeit und der Wissenschaft, Justiz und Kommunalwirtschaft ihre Namen gegeben haben.

Kein Gegenkandidat von rechts?

Berlin, 28. Januar.
Die „Tägliche Rundschau“ schreibt unter der Überschrift „Keine Gegenparolen Hugenberg und Hitler“:
Die Vorbereitung der Volkswahl Hindenburg, die wir gestern andererseits, erfolgt ohne Zweifel in glücklicher Weise. Aus Bayern wird ein Aufruf bekannt, der ohne Zweifel geeignet ist, den Reichsgegnern zu fördern. Die Vorbereitungen in Berlin liegen in der Hand des

Oberbürgermeisters Dr. Sahn, der von seiner verdienstvollen Tätigkeit in Dampff der gute Beziehungen zu den Reichsgegnern hat. Die Erklärungen des Stahlhelms stehen noch aus. Wir können jedoch versichern, daß die Stahlhelmsführung mit Ausnahme des Majors Wagner für die Volkswahl Hindenburg eintritt. Man rechnet allgemein damit, daß Hindenburg von rechts kein Gegenkandidat gegenübergestellt wird.

Nationalsozialistische Führerbesprechung.

München, 28. Januar.
Wie verlautet, werden die Nationalsozialisten hier im Februar eine Besprechung aller Unterführer abhalten, zu der Hitler eingeladen hat, um über die Frage einer nationalsozialistischen Sonderkandidatur für die Reichspräsidentenwahl zu beraten.

Vorzeitige Einberufung des Reichstags?

Berlin, 29. Januar.
Die Festsetzung des Termins für die Reichspräsidentenwahl wird, wie das Nachrichtenbüro des Reichstags, auf parlamentarischen Kreisen hört, durch den Reichstag erfolgen und nicht durch seinen händigen Aufruf.
Der 23. Februar, zu dem sich der Reichstag versagt hat, ist allerdings zu spät für die Festsetzung des Präsidentenwahltermins. Die daher notwendige vorzeitige Einberufung des Reichstags wird, wie Wolffs Büro weiter hört, sofort erfolgen, sobald die Bemerkungen um die Auffassung der Kandidatur Hindenburg abgeschlossen sind. Reichstagspräsident Lohde wird dann den Reichstag nur zum Zweck der Bestimmung des Wahltermins voraussichtlich ohne nochmalige Bestätigung des Altpräsidenten sofort einberufen, da in aus der Mitteilung derjenigen Parteien, die die Kandidatur Hindenburg unterstützen, hervorzuheben dürfte, daß nunmehr eine Mehrheit des Reichstages seine vorzeitige Einberufung wünscht.

Der unter der Leitung des Berliner Oberbürgermeisters Dr. Sahn stehende Ausschuss zur Vorbereitung der Kandidatur Hindenburg glaubt, wie das Nachrichtenbüro des Reichstags, weiter auf parlamentarischen Kreisen erfährt, am Montag mit seinem Aufruf an das Volk vor die Öffentlichkeit treten zu können. Theoretisch würde also eine Einberufung des Reichstages schon für Beginn der übernächsten Woche möglich sein. Da sich jedoch der Reichskanzler zu dieser Zeit in Genf aufhalten wird, so wird voraussichtlich ein etwas späterer Termin für den Zukunftsbeginn des Reichstages gewählt werden müssen.

Reichsrat.

Berlin, 28. Januar.
Ministerialdirektor Dr. Brück hat in der Plenarsitzung des Reichsrates am Donnerstag eine Berichtigung zum Protokoll der vorigen Sitzung bekannt, wo er gesagt hatte, daß in „England mehr als ein Fünftel“ der öffentlichen Einnahmen für den inneren Schuldendienst verwendet werde. In Wirklichkeit handele es sich in England um ein Drittel. Durch Steuern, Abgaben und Beiträge brachten von dem englischen Gesamtaufgaben einschließlich Sozialversicherung nur 931 Mill. Pfund gedeckt zu werden. Davon bildet der an die inneren Gläubiger zu zahlende Betrag sogar 43 Proz. In Frankreich entfällt auf den Dienst der inneren Schuld, wie richtig wiedergegeben wurde, mehr als ein Viertel der Gesamtaufgaben. In Italien und den Vereinigten Staaten ist der Anteil der Schuldentilgung mehr als ein Fünftel der öffentlichen Ausgaben. In Deutschland steigt dagegen nur höchstens ein Zwanzigstel der gesamten öffentlichen Ausgaben und höchstens ein Sechstel der Ausgaben an die inneren Gläubiger von Staat und Gemeinden zu. Darum sind unsere Steuerlasten so viel schwerer zu ertragen.

Nach der Dezemberverordnung von 1931 sollen die offengelegten Einheitswerte für land- und forstwirtschaftlich genutzte Grundstücke den Beteiligten nicht besonders bekanntgegeben werden, sondern es sollen mit Ablauf der Offenlegungsdauer dieselben Rechtsfolgen eintreten wie früher nach einem schriftlichen Befehl. Der

Reichsrat hatte jedoch dagegen Bedenken und änderte deshalb am Donnerstag die von der Reichsregierung vorgelegten Durchführungsbestimmungen zur Notverordnung dahin ab, daß die Frage der „Nachfrist“ bei Fristversäumnis in wohlwollender Weise auch dann geprüft werden soll, wenn der Steuerpflichtige in Unkenntnis über die Rechtswirkung der Offenlegung seinen Einspruch gegen die Festsetzung der Einheitswerte verspätet eingebracht hat.

Nach der Notverordnung vom 8. Mai 1931 sollen die ersten 6000 M der landwirtschaftlichen Einheitssteuer für das Rechnungsjahr 1931 durch die Grundsteuer abgegolten werden. Die jetzt von der Regierung aufgestellten Durchführungsbestimmungen wollen den im allgemeinen eingetragenen Einkommensabgang dadurch berücksichtigen, daß die Einheitssteuer durch die bereits gezahlten drei Vierteljahrstraten der Grundsteuer abgegolten ist. Der Reichsrat änderte die Durchführungsbestimmungen noch durch eine Erweiterung des Härteparagrafen ab. Danach können Grundsteuer Einkommenssteuervorauszahlungen, wenn ihre Einziehung zu Härten führen würde, bis auf die Hälfte der Jahresvorauszahlung herabgesetzt werden und die Finanzämter sind im Einzelfalle zur Ermäßigung und zum Erlaß ermächtigt, wenn die Leistungsfähigkeit des Steuerpflichtigen stark vermindert ist. Außerdem erließ der Reichsrat weitere

Tagung des Kolonial-Wirtschaftlichen Komitees.

Berlin, 28. Januar.
Das Kolonial-Wirtschaftliche Komitee zu Berlin hielt heute nachmittags eine außerordentliche erweiterte Vorstandssitzung ab, zu der eine große Zahl Gäste, Vertreter von Reichs- und Staatsbehörden, Parlamentarier und andere Politiker, Führer der Wirtschaft und der Wissenschaft, Vertreter der Presse, vieler Verbände und Gesellschaften usw. erschienen waren.

Als erster Redner sprach der Präsident der Deutschen Kolonial-Gesellschaft, Dr. Schner, über das Thema „Arbeitslosenproblem und Kolonialbesitz“. Er führte dabei u. a. aus, daß der Reichsbesitz mit den eigenen Kolonien Beschäftigung für die Arbeiter im Mutterlande bedeute, indem um so viel mehr in der Heimat erzeugte Industriearbeitskräfte abgesetzt werden, als im Kolonialhandel die Verkaufsführer solcher in die Kolonien erfolge. Dagegen ergebe sich daraus für die Schifffahrt und den Handel eine Steigerung. Auch unter dem Gesichtspunkt der Verminderung der Arbeitslosigkeit sei die Wiedererlangung eigenen deutschen Kolonialbesitzes eine unbedingte Notwendigkeit.

Geheimrat Altmann behandelte das Thema: Welche Vorteile und welche Gefahren würden sich für Deutschland bei Wiederübernahme der mittelfränkischen Kolonien ergeben? Für die drei mittelfränkischen, ehemaligen deutschen Kolonien Togo, Kamerun und Ostafrika wies der Redner an Hand der Handels- und Zahlungsbilanzen zahlreich nach, daß es auch weiterhin möglich sei, diese Gebiete ordnungsgemäß zu verwirtschaften und zu bewirtschaften, ohne Zuschüsse vom Mutterland und auch ohne Anleihen aufzunehmen. Für Siedlungen in eigenen Kolonien könne das Land vermessen und umsonst abgegeben werden, die Schutzgebietsverwaltungen könnten durch Straßenbauten, Wassererschließung usw. helfen. Aus all diesen Gründen brauchten wir unsere Kolonien und mühten ihre Wiedergewinnung.

Anschließend sprach Ministerialrat Dr. Widel über „Die Siedlungsmöglichkeiten im tropischen und subtropischen Mittelafrika und unsere bisherige Erfahrung in Ostafrika“. Er widerlegte zunächst die Auffassung, daß die klimatischen Verhältnisse in Zentralafrika Europäern den händigen Aufenthalt unmöglich machen. Ganz Zentralafrika habe bedeutende Hochlandgebiete, auf denen auch Europäer sich ansiedeln könnten. Von besonderem Interesse sei der Fortschritt der nach dem Kriege in Ostafrika in den Hochländern angesehnten Deutschen, besonders im Kilimandjaro-Gebiet, wo der Kaffee das Fundament der Wirtschaft geworden sei. Auch an der Zentralbahn hätten sich eine ganze Reihe von deutschen Anwohnern niedergelassen. Im Tanganika sei die größte Zahl deutscher Siedlungen

anzutreffen. Hier scheinen Kaffee und Tee die Hauptkulturen zu werden. Schwere Anfangsjahre lägen hinter den Siedlern. Mit geringen Mitteln hätten sie zunächst arbeiten müssen, doch sei anzunehmen, daß sie vor einer sicheren Zukunft ständen, wenn sie genügende Kredite erhielten. Tüchtige, anspruchslose, fleißige Siedler würden hier mit Sicherheit vorankommen.

Geheimrat Geo. A. Schmidt, geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Kolonial-Wirtschaftlichen Komitees, sprach zu der Frage: „Wieviel Land und Kapital benötigt ein Kleinbauer in tropischen und subtropischen Gebieten Afrikas bei planmäßiger Ansiedlung in Gruppen?“ Der Vortragende kam zum gleichen Schluß wie der Redner, daß auf den Hochländern Ostafrikas und Kameruns eine erhebliche Zahl von deutschen Siedlern mit Erfolg angezogen werden könnte. Alles, was der Siedler dort zur Ernährung für sich und seine Familie benötige, könne er auf einer Fläche von höchstens 5 Hektar anbauen. Eine Gesamtfläche von 25 Hektar sei für jede Siedlerfamilie höchstens notwendig. Nach seinem Kostenanschlag benötige eine Familie zur Übernahme und Bewirtschaftung von 25 Hektar, abgesehen von den Ausreisefloßen, durchschnittlich 4700 M.

Als letzter Redner erörterte Geheimrat Schläpman die Frage: „Wie wirkt eigener Kolonialbesitz auf den heimischen Arbeitsmarkt?“ Eine Kolonie, so führte der Vortragende aus, wirke auf den Arbeitsmarkt des Mutterlandes in der Hauptsache durch ihre Warenbezüge aus ihm. Der Einwand, man könne sich den nötigen Außenabzug auch in fremden Gebieten verschaffen werde weder den tatsächlichen Verhältnissen im allgemeinen noch dem besonderen Umfange gerecht, daß Handel im fremden Gebiet Zersplitterung, Gebuldserei, Wettbewerbverschärfung, Abhängigkeit vom Entwicklungsstand der anderen, dagegen Handel im Eigengebiet, Zusammenfassung, Vorkaufleistung, Wettbewerbsmilderung, Bestimmung des Entwicklungsstempels bedeute. Einige Zahlen zur Erläuterung: Eine Kolonie von 1 Million Quadratkilometer würde erfahrungsmäßig ungefähr 45 Proz. ihrer Einfuhr bei uns decken. Jetzt seien wir in Afrika durchschnittlich mit 5 Proz. beteiligt. Nun steigerten zusätzliche Warenaufträge den Volksertrag durch Ersparnis und Folgewirkung zusammen ungefähr um das Doppelte ihres eigenen Wertes, was schließlich bedeuten würde, daß eine solche Kolonie uns 1- bis 200 000 Arbeitslose erspare; ein Weis in der Größe unserer früheren Kolonien würde uns das Dreifache ersparen.

Im Anschluß an die Vorträge fand eine Aussprache statt.

Unterredungen des Volkskommissars Litwinow mit Reichsminister Dr. Brüning und Staatssekretär v. Bülow.

Berlin, 28. Januar.
Der Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten Litwinow, der sich auf der Reise zu der bevorstehenden Genua-Konferenz befindet, hatte Unterredungen mit dem Reichsminister Dr. Brüning und dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes v. Bülow. Die Unterredungen boten Gelegenheit zu einem freundschaftlichen Gedankenaustausch über die schwebenden politischen Fragen, insbesondere über die bevorstehende Abrüstungskonferenz sowie über die von der Regierung der UdSSR mit verschiedenen Staaten geführten Richtungsgriffspalt-Verhandlungen.

Konferenz der Kultusminister der Länder über Entpolitisierung der Schule.

Berlin, 28. Januar.
Mit der Frage der Entpolitisierung der Schule beschäftigte sich heute im Reichsministerium des Innern eine Konferenz der Kultusminister der Länder unter dem Vorsitz des Reichsministers Dr. Groener. Die Besichte der Minister gaben einen Einblick in die tatsächliche und rechtliche Lage in den einzelnen Ländern und zeigten die Maßnahmen auf, die gegen die Politisierung der Schule bisher ergriffen wurden.
Auf Grund der eingehenden Aussprache stellte Reichsminister Groener als einmütige Auffassung fest, daß die Parteipolitik nicht in die Schule gehöre. Er werde es

stets begründen, wenn die Länder entsprechend den verschiedenen Verhältnissen scharfe Maßnahmen ergreifen. Ob und inwieweit den von mehreren Seiten ausgesprochenen Wünschen gemäß von Reich wegen einheitlicher Grundzüge für die Entpolitisierung der Parteipolitik aus der Schule aufzustellen seien und für die Durchführung ein einheitliches Verfahren vorgesehen werden solle, müsse geprüft werden. Die Länder hätten schon jetzt die Möglichkeit, die Teilnahme von Schülern an politischen Versammlungen zu verbieten. Er empfehle, allgemein Gebrauch von dieser Möglichkeit zu machen. Auf scharfe zu verurteilen sei die Verbreitung von Flugblättern und Zeitungen verheerenden Inhalts unter den Schülern. Hier komme es vor allem darauf an, gegen die Verteiler und Urheber mit allem Nachdruck vorzugehen.

Im übrigen wies der Minister darauf hin, daß die Entpolitisierung der Schule durch politische Maßnahmen gefördert werden müsse, z. B. durch staatsbürgerlichen Unterricht sowie durch gute Schulerziehungen und Einwirkung auf die Elternkreise. Die Bedeutung einer unterstützenden Mitarbeit des Elternhauses hob der Minister besonders hervor. Er erklärte sich auch bereit, den Anregungen verschiedener Minister entsprechend einen Appell an die Parteien zu richten, von der parteipolitischen Beeinflussung der Jugend Abstand zu nehmen.

Im weiteren Verlauf der Sitzung wurden die Ausführungen der Kultusminister